

# PLENUM AKTUELL

07. – 09. Sept. 2010  
Themen und Positionen  
**SPD**-Landtagsfraktion



## SPD stellt Lösung für Schülerbeförderung vor

Für die SPD gilt, dass Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein darf. Es ist Aufgabe der Politik, jedem einzelnen Kind den Weg zu einem möglichst hohen Bildungsabschluss zu öffnen und es auf diesem Weg zu unterstützen.

Daher hat die SPD im Hess. Landtag ein Hessisches Ausbildungsförderungsgesetz eingebracht. Kern des Gesetzes ist eine finanzielle Unterstützung für Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien in Höhe von monatlich 50 bzw. 100 Euro. Damit können z.B. Kosten für Schülerbeförderung und auch für Lernmittel wie Arbeitshefte, Fachliteratur, Arbeitsmaterialien etc. beglichen werden.

Anlass unserer Gesetzesinitiative ist, dass Schülerinnen und Schülern nach der Sekundarstufe I keine Schülerbeförderungskosten mehr erstattet werden und deshalb insbesondere einkommensschwache Familien hier Unterstützung brauchen.

Mit dem Hessischen Ausbildungsförderungsgesetz reagiert die SPD auch auf das ignorante Verhalten der Kultusministerin, die im Unterschied zu einer Vielzahl von Menschen keinen Handlungsbedarf sieht. Im Gegenteil stellt ihre unglaubliche Aussage „.... dafür seien die Landkreise und kreisfreien Städte als Schulträger verantwortlich...“ die Wirklichkeit auf den Kopf. Denn solche Zahlungen wären freiwillige Leistungen und würden den defizitären Kommunen von der Kommunalaufsicht umgehend verboten. Weil eine solche Diskussion nicht zu Lasten der betroffenen SchülerInnen und Eltern ausgetragen werden darf, hat die SPD Landtagsfraktion mit ihrem Gesetzentwurf sofort reagiert.

Insbesondere einkommensschwachen Familien fehlt oft das Geld für eine gute Bildung ihrer Kinder. Studien belegen, dass der Schulerfolg in kaum einem anderen Industriestaat so stark von der sozialen Herkunft und den finanziellen Möglichkeiten abhängig ist wie in Deutschland. Einkommensschwachen Familien fällt es wesentlich schwerer, die Kosten für die schulische Ausbildung zu tragen. Dies gilt insbesondere dann, wenn sich die Kinder dafür entscheiden, unmittelbar nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht einen Bildungsgang zu besuchen, der zur allgemeinen Hochschulreife oder Fachhochschulreife führt.

Unabhängig von unserer Initiative im Hess. Landtag ist es Aufgabe der Bundesregierung, gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Aufwendungen für Bildung in den Regelsätzen für SGB II-Bezieher zu berücksichtigen. Dazu gehören auch besondere Aufwendungen wie Fahrtkosten. Wir erwarten hier eine Umsetzung im Sinne der betroffenen Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien.

## Fatale Energiepolitik von CDU und FDP

Wir verurteilen die Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke und halten die in Berlin getroffene Vereinbarung für ein schmutziges Geschäft. Die Gewinner stehen fest: die vier großen Energiekonzerne. Sie werden am Ende der Laufzeitverlängerung viele Milliarden Euro reicher sein.

Auch die Verlierer stehen fest: Es sind die Bürgerinnen und Bürger, die die Zeche zahlen. Verlierer sind auch die Sicherheit und die Erneuerbaren Energien sowie die damit verbundenen Arbeitsplätze.

Es ist völlig verantwortungslos, die Laufzeiten der AKW um 14 Jahre zu verlängern ohne in

der Entsorgungsfrage auch nur einen Meter nach vorne gekommen zu sein. Alle Meldungen aus Gorleben zeigen die Probleme auf.

Die Laufzeitverlängerung behindert Innovationen, neue Technologien und Zukunftsinvestitionen. Umwelttechnologien, Erneuerbare Energien und Effizienztechnologien werden blockiert, verdrängt oder verhindert. Die SPD wird deshalb alles daran setzen, die Laufzeitverlängerung zu verhindern. Wir brauchen keinen Ausstieg aus dem Ausstieg, sondern die Fortsetzung des Einstiegs in Erneuerbare Energien.

Die hessische Umweltministerin muss erklären, ob sie eine Laufzeitverlängerung von acht Jahren für Biblis ohne eine Betonhülle, die den Absturz schwerer Flugzeuge aushalten kann, ohne eine externe Notstandswarte und ohne eine neue Sicherheitsanalyse zulassen will. Denn in Biblis wurde nur wegen der bislang vereinbarten Restlaufzeit auf ein umfangreiches Nachrüstungsprogramm verzichtet. Mit der Verlängerung der Restlaufzeit muss die Nachrüstfrage jetzt erneut gestellt werden.

Wenn Sicherheit zur Verhandlungsmasse wird, wird die Politik zum Spielball der Atomindustrie. Das ist in Berlin mit dem Ausstieg aus dem Atomkonsens geschehen.

## Schuldenbremse

Im gleichen Atemzug, in dem das Finanzministerium angekündigt hat, noch jahrelang verfassungswidrige Haushalte mit massiver Neuverschuldung vorzulegen, wollen CDU und FDP mit der Kommunalwahl eine Volksabstimmung über eine Schuldenbremse in der Hess. Verfassung. Etwas zu fordern (ab 2020!), was man selbst nicht einhält, ist unseriös und populistisch.

Für den Haushalt 2011 hat die schwarz-gelbe Landesregierung eine weitere Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs um 360 Mio. Euro vorgesehen. Dieses „kommunale Sonderopfer“ ist gerade vor dem Hintergrund der Diskussion um die Schuldenbremse ein unglaublicher Vorgang.

CDU und FDP plädieren auf der einen Seite für eine „Schuldenbremse“ und entziehen auf der anderen Seite den Kommunen die Einnahmen, die sie benötigen, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Dieses Vorgehen ist für uns an Kommunalfeindlichkeit nicht zu überbieten.

Dazu gehört auch, dass die Landesregierung bis heute verweigert, die personellen Mehrkosten zu übernehmen, die nach der Mindestverordnung für Kinderbetreuungseinrichtungen entstanden sind. Dies ist für uns ein klarer Fall von Konnexität, d.h. die durch diese Verordnung entstandenen Kosten müssen den Städten und Gemeinden erstattet werden. Im Übrigen wurde dies auch vom damaligen Sozialminister Banzer (CDU) zugesagt und jetzt auf kaltem Wege vom Finanzminister wieder kassiert. Genauso wurde bei dem Thema „Schulsozialarbeit“ verfahren: Vor der Wahl den Kommunen eine finanzielle Beteiligung zusagen und nach der Wahl das Versprechen wieder einkassieren.

Die SPD fordert dringend einen „Schutzschirm für Kommunen“, damit Städte und Gemeinden ihre nach der Verfassung garantierte kommunale Selbstverwaltung wahrnehmen können. Wir erwarten auch, dass die kommunale Daseinsvorsorge von der geplanten Schuldenbremse ausgenommen wird. Für die SPD muss zunächst eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen erfolgen, bevor eine Schuldenbremse auf kommunaler Ebene vorgeschrieben wird. Die Hessische Schuldenbremse darf nicht zum Ausbluten der Kommunen führen! Das Motto darf nicht sein, den letzten beißen die Hunde!

Eine Information von Brigitte Hofmeyer, MdL

[www.Hofmeyer-MdL.de](http://www.Hofmeyer-MdL.de)